

darauf dringen, dass Arbeitskraft wieder knapp und verhandlungsstark wird. Hierfür ist gute Ausbildung ebenso unabdingbar wie ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad.

Begrenzende Regeln und Richtung weisende Anreize markieren auch den Weg zu einem besseren Gleichgewicht zwischen kapitalistischer Produktion einerseits und der nicht markttauglichen »Lebenssphäre« andererseits. Dies betrifft Familie und Kinder, aber auch Lebensqualität und Lebensgenuss. Eine weiter reichende Emanzipation der »Lebenssphäre« von den Diktaten des Marktes sollte ebenfalls Teil eines sozialdemokratischen Erneuerungsprojektes sein, da sie wesentlich für die Idee einer »humanen« Gesellschaft ist. Nicht zuletzt ist sie Voraussetzung für nachhaltige Geschlechter-Gerechtigkeit.

Wirksame Regeln erfordern Durchsetzungsmacht, die wir gemeinhin dem souveränen Nationalstaat zuschreiben. Aber dieser verliert mehr und mehr von seiner Souveränität. Schon deswegen muss ein so-

zialdemokratisches Erneuerungsprojekt über nationalstaatliche Grenzen hinausgreifen und sich mit der Entwicklung angemessener Institutionen supranationalen (zunächst einmal europäischen) Regierens befassen. Es wird zunehmend schwieriger, soziale Demokratie allein auf nationalstaatlicher Ebene aufrechtzuerhalten.

Sozialdemokratische Regierungen sind auch mit anderen Herausforderungen konfrontiert als der Festigung sozialer Demokratie. Deshalb gehört zu einer künftigen »Erfolgsformel« europäischer Sozialdemokratie nicht nur das Projekt sozialdemokratischer Erneuerung. Dieses muss eingebettet sein in ein umfassenderes politisches Programm, das auf alle drängenden Probleme unserer Zeit eingeht, u.a. die begrenzte Belastbarkeit der natürlichen Umwelt, das veränderte Reproduktionsverhalten und die zunehmende Lebensdauer. Wer im demokratischen Wettbewerb Erfolg haben will, muss in allen Fragen, die das Wohl der Menschen betreffen, Kompetenz aufweisen.

Karsten Rudolph

Nach der Neuen Mitte

Karsten Rudolph

(* 1962) ist Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum und Abgeordneter im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

karsten.rudolph@landtag.nrw.de



Der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch hat in seinem 2004 erschienenen Essay über die »Postdemokratie« an eine nicht geringe, ja historische Leistung der politischen Linken erinnert. Sie habe im 20. Jahrhundert »auf der ganzen Welt – zum Teil friedlich und Schritt für Schritt, zum

Teil aber auch im Angesicht von Gewalt und Repression – dafür gekämpft, den normalen Menschen auf der politischen Bühne Gehör zu verschaffen.« Die Wahlergebnisse in Großbritannien und in Deutschland, aber auch in anderen Ländern, zeigen, dass dies den sozialdemokratischen Parteien in Europa zu Beginn dieses Jahrhunderts immer weniger gelingt. Denn immer mehr »normale Menschen« haben sich von der gemäßigten Linken abgewendet, weil sie glauben, diese verschaffe ihnen auf der politischen Bühne kein angemessenes Gehör mehr.

Der Dritte Weg zwischen Neo-Liberalismus und traditionellem Etatismus, den

New Labour in Großbritannien und die Partei der Neuen Mitte in Deutschland anstrebte, leistet zur Zeit seinen Offenbarungseid. Wenn jetzt Patrick Diamond und Roger Liddle dazu einladen, New Labour weiter zu denken, dann unterstreicht dies zunächst einmal die Fähigkeit zu einer strategischen Debatte, während New Labour noch regiert. Diamond und Liddle wissen, dass sich New Labour festgefahren hat. Und auch, wenn sie es nicht offen zugeben: Sie plädieren für eine Re-Sozialdemokratisierung von New Labour, was nicht heißt, wieder dort anzusetzen, woran *Old Labour* gescheitert ist. Dem sozialen Wandel wieder eine Richtung zu geben, ohne der Illusion einer Vision aufzusitzen, die als Endzustand eine heile Welt verspricht, dies verlangt nach ihrer Ansicht, dem sozialdemokratischen Projekt neuen Schwung zu geben, indem man seine Konturen verändert.

Doch zuvor werden grundlegende Zweifel am Dritten Weg New Labours formuliert: Lassen sich aus Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts wirklich Rückschlüsse auf eine Steigerung der Lebensqualität ziehen? Lässt sich Armut wirklich erfolgreich bekämpfen, wenn soziale Rechte durch eine paternalistische Kultur des Förderns und Forderns ersetzt werden? Kann eine solidarische Gesellschaft auf dem permanenten Drang zur individuellen Selbstverwirklichung gründen? Muss der meritokratische Idealismus (des Aufstiegs durch eigene Leistungsanstrengungen) nicht durch kollektive Regelungen für mehr soziale Sicherheit ergänzt werden?

Diamond und Liddle zeigen, dass es für die gemäßigte Linke darauf ankommt, die richtigen Fragen zu stellen, um schlüssige Antworten zu entwickeln. Zum Beispiel: Wie verträgt sich eigentlich die nationalstaatliche Wettbewerbspolitik mit der Forderung nach verstärkter internationaler Regulierung? Wie gewinnt man die Mittelschichten für eine Politik der Gleichheit, wenn diese sich gleichzeitig aus Gleichmacherei und staatlicher Fürsorge zu befreien

suchen? Müssen die sozial schlechter Gestellten nicht relativ mehr vom gemeinsam erwirtschafteten Kuchen abbekommen, damit sie bestehende Ungerechtigkeiten überhaupt ertragen können? Oder: Wie tolerant darf sozialdemokratische Gesellschaftspolitik eigentlich sein? Soll sie dem Bürger bei der Einrichtung seines Privatlebens libertär begegnen, aber ihm wenn er sich im öffentlichen Raum bewegt, Anstand und das Befolgen sozialer Normen abverlangen? Und nicht zuletzt: Wie sieht das richtige sozialdemokratische Mischungsverhältnis aus Antizipation des sozialen Wandels und seiner Gestaltung aus? Und schließlich: Wie lässt sich eine zeitgemäße und konsistente sozialdemokratische Politik entfalten, wenn der Bürger einerseits staatlichen Schutz vor Unsicherheit und Instabilität einklagt, aber sich zugleich mehr Freiheit, eine eigenständige Lebensführung und mehr Unabhängigkeit wünscht?

In Diamonds und Liddles Debattenband arbeiten die Autoren an einer Reformulierung des Bündnisses aus Arbeiterbewegung und Liberalismus, an einer erneuerten Lib-Lab-Konstellation angesichts neuartiger Herausforderungen und der Probleme, die New Labour mit verursacht hat. Das ist der Unterschied zur SPD. Diese ging ohne Kompass in die rot-grüne Regierung, weshalb ihre Politik so erratisch erschien. Anders als in Großbritannien hat es bis heute über den Kurs der Neuen Mitte in der deutschen Sozialdemokratie keine wirkliche Debatte gegeben. Seine Grundlagen wurden nicht ausreichend thematisiert, seine strategischen Ziele nicht offengelegt. Weder war die deutsche Sozialdemokratie bei ihrem Regierungsantritt 1998 mit sich selbst im Reinen, noch wagte sie eine Debatte über das Schröder-Blair-Papier, schließlich wurde der Agenda-Prozess als alternativlos hingestellt. An ihm zerbrach der vorher aufgebaute Spannungsbogen aus »Innovation und Gerechtigkeit« – weil er kein Programm bildete sondern ein Provisorium.

Der Weg in die Dauerdefensive

Die Agenda 2010 sollte aus der Defensive, in der sich die Partei nach schweren Wahlniederlagen und einer anhaltenden Rezession befand, herausführen. Doch sie führte in die Dauerdefensive. Aus der Not wurde eine Tugend gemacht. Der Sozialstaat sollte reformiert werden, damit er nicht über Bord geworfen werden konnte. Diese Linie war gewissermaßen folgerichtig, weil eines gründlich misslungen war: Die Formulierung und Durchsetzung eines neuen sozialen Kompromisses zwischen kapitalistischer Wirtschaftsordnung, parlamentarischer Demokratie und Sozialstaat unter den Bedingungen der Globalisierung und einer neo-liberalen Hegemonie. Das Unvermögen, zu einer neuen Form der »antagonistischen Kooperation« (Peter Glotz) zu gelangen, fand seinen sichtbarsten Ausdruck im Siechtum des »Bündnisses für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit«. Die Apologeten des flexiblen Kapitals verweigerten den Kompromiss selbst nach dem Absturz der New Economy. Sie akzeptierten weder das Primat der Politik, noch den sozialen Ausgleich oder die aus einer funktionstüchtigen Kooperation erwachsenen Verpflichtungen gegenüber dem Staat und Bindungen an das Gemeinwohl. Die Gewerkschaften reagierten in dieser Lage ganz überwiegend mit einer Rückwärtsbewegung zu den vertrauten Bewegungsformen politischer Auseinandersetzungen, mit der sie ihre tarifpolitische Beweglichkeit kassierten. Kurzum: Die einen akzeptierten keine Spielregeln, die anderen wollten die alten zurückhaben.

Die SPD, wie das ratlose Weltenkind in der Mitte, entwarf in einem dezisionistischen Akt das Agenda-Programm. Mit einer Mischung aus Wettbewerbsförderung, Flexibilisierung und Investitionen in Bildung, Forschung und Wissenschaft unterbreitete sie ein neuerliches Angebot der sozialen Befriedung, dass jedoch ebenfalls nicht akzeptiert wurde. Die privilegierten

Eliten empfanden es als unzureichend und den »normalen Menschen« erschien es als zu weitgehend. Die einen lehnten die daraus erwachsenen Pflichten ab, die anderen betrachteten die soziale Risikoverteilung als ungerecht. So verloren die Reformer an Autorität und an Respekt in jede Richtung. Die SPD reagierte daraufhin mit einer psychologisch verständlichen, aber politisch verheerenden ideologischen Verhärtung. Die Politik der Neuen Mitte gerann zur Ideologie oder (so nennt es die an der Universität von Westminster in London lehrende Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe) zu einem post-politischen Konzept des Dritten Weges. Der antagonistische Charakter von Politik wurde gelehnet, Richtungsentscheidungen tabuisiert, Verteilungskämpfe neutralisiert, moralische Konflikte ersetzt durch politische Auseinandersetzungen (Chantal Mouffe: *Über das Politische*). Eben dies eröffnete dem Populismus jedweder Couleur die Tür und schwächte die Legitimationsbasis sozialdemokratischer Politik.

Anders als mancher zunächst erwartet hatte, verhalf die Große Koalition eben nicht der schweigenden Mehrheit zu einer Stimme sondern förderte die Depolitisierung. Eine fragmentierte, politisch passive Mehrheit der Bevölkerung sah sich unverändert einer gut organisierten, globalen Elite gegenüber. Die Politik schien ihr Feld geräumt zu haben.

Die Schwäche der SPD fand nicht nur in Wahlniederlagen ihren Ausdruck. Schon vorher waren ihr die zündenden Ideen ausgegangen, schon vorher gab sie die Meinungsführerschaft verloren. Doch am Beginn eines jeden Wiederaufstiegs steht die Formulierung von politischen Alternativen, um den Diskurs der Republik stärker zu bestimmen als andere. An diese Arbeit muss sich die Partei jetzt machen.

Patrick Diamond/Roger Liddle (Hg.): Beyond New Labour. The future of social democracy in Britain. Politico's Publishing, London 2009, 288 S., € 17,99.